

das »plausible deniability« (glaubhafte Abstreitbarkeit) genannt wird.

Was macht man aber, wenn man, aus welchen Gründen auch immer, aus dieser Politik heraus will, wo man selber die nationalkonservativen Kräfte im eigenen Land gestärkt und sich mit der rücksichtslosen Krim- und Ostukrainepolitik bei ihnen populär gemacht hat? Der Blick richtet sich, wenn wir über die Chancen von Minsk II sprechen, plötzlich auf die russische innenpolitische Szenerie. Sie wird bis heute von der Putin-Rede im Georgssaal des Kremls vom 18. März 2014 geprägt, wo der Präsident die »Wiedervereinigung« mit der Krim gefeiert und zugleich alle seine Kritiker als »National-Verräter« und Unterstützer einer Fünften Kolonne quasi aus der russischen Gesellschaft gedrängt hat. Seither hat sich der Umgang mit Opposition und kritischer Zivilgesellschaft in Russland brutalisiert, und insgesamt ist eine gesellschaftliche Atmosphäre von Aggression und Hass entstanden.

Die brutale Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow in

der Nacht zum 28. Februar 2015 muss dieser aufgereizten gesellschaftlichen Atmosphäre, die zum Bestandteil der Hybrid-Kriegsführung geworden ist, zugeschrieben werden, egal welche Attentäter oder Hintermänner dingfest gemacht werden. Wie immer in solchen Fällen wuchern die verschiedensten Verschwörungstheorien. Eine davon will wissen, dass die Bluttat unter den Fenstern des Kreml ein Warnsignal von Hardlinern war, die Kompromissbereitschaft des Präsidenten im Minskprozess nicht zu übertreiben. Das hieße, die Kräfte, die der Präsident selber stark gemacht hat, melden jetzt ihre Ansprüche an die russische Politik in der Ukraine-Frage an. Nemzow soll ja zuletzt an einer Dokumentation zur militärischen Intervention Russlands in der Ukraine gearbeitet haben, also einem Projekt, das die »glaubhafte Abstreitbarkeit« dieses Engagements hätte untergraben können.

Es gibt viele andere Spekulationen. Eines aber steht fest: Ob der Last Exit Minsk genutzt wird, hängt längst auch von der weiteren Entwicklung inmitten der russischen Gesellschaft ab.



**Gernot Erler**

MdB, Staatsminister a.D., ist Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

[gernot.erler@bundestag.de](mailto:gernot.erler@bundestag.de)

*Klaus Harpprecht*

## **Auf ein Wort: Die Putin-Hörigkeit der »Linken«**

Wie seltsam: Ausgerechnet die Dame, die an der Seite von Oskar Lafontaine eine bescheidene Eleganz und ein sichtbares Vergnügen am Leben gewonnen hat (auf beides versteht sich unser einstiger Genosse), ausgerechnet die gescheite Sahra Wagenknecht, focht in der ZDF-Debatte bei Maybrit Illner als einzige leidenschaftlich und

unbeirrbar für Wladimir Putin und seinen Zermürbungskrieg gegen die Ukraine. Eine Mesalliance, nannte man das früher.

Es hätte nicht erstaunt, wenn sich die Chefin der »Kommunistischen Plattform« in der »Linken« einst mit blindem Eifer für die Sowjetunion ins Zeug gelegt hätte, ihrer ideologischen Grundpflicht gehorchend

(die galt, notabene, auch für Gregor Gysi). Man kann dem einstigen KGB-Funktionär Putin vieles nachsagen, aber ganz gewiss nicht, dass er im Reich der Oligarchen und des darbenenden Arbeiter- und Bauern-Proletariats das Banner des Sozialismus hochzuhalten bemüht sei. Die vorsichtige Rehabilitierung, die er dem schnaubbärtigen Georgier angedeihen lässt, gilt keineswegs dem Erben Lenins und Führer des Weltkommunismus, sondern dem gewaltigsten aller Zaren, der dem russischen Imperium die größte Expansion seiner Geschichte und den Rang einer Weltmacht erkämpfte. Jenes Reich möchte Putin, dies ist das Ziel seiner Regentschaft, von neuem etabliert sehen. Die Okkupation der Krim war der erste Schritt. Die Aufspaltung der Ukraine soll der nächste sein.

Der Tradition der deutschen Linken entspricht es nicht, für das Regime der Zaren ins Feuer zu gehen. Im Gegenteil. Russland war die verhasste Inkarnation der feudalen Tyrannei, von dem man die Völker zu erlösen trachtete. Schreibt man nicht August Bebel die Bemerkung zu, wenn es gegen Russland ginge, dann würde auch er die Knarre in die Hand nehmen? Die Moskauer-Hörigkeit der deutschen Kommunisten war in Wirklichkeit ein Verrat an den Idealen der klassischen Linken.

Warum bleiben die Söhne und Töchter der SED der Bindung an Russland auch nach dem Untergang der Sowjetunion treu? Rührt sich hier eine Art von Sentimentalität, die im Umgang mit einem autoritären Regime keineswegs angebracht ist? Eine Nostalgie, die sich heimlich in die DDR zurücksehnt, in der die Ober- und Untergenossen in ihrer Lust an der Macht gelegentlich vergaßen, dass ihre Privilegien eine Leihgabe der KPdSU und der Roten Armee waren?

Oder sind ihre Erben, ohne es recht zu wissen, von einem generellen Unbehagen an den Werten und am Lebensstil des Westens getrieben? Ist es ihre Abneigung gegen die Europäische Union, die sie zu einer

Bundesgenossenschaft mit dem derzeitigen Herrscher aller Russen bestimmt?

Ja, wenn sie sich damit begnügten, gegen die idiotischen Vorschläge einiger amerikanischer und auch deutscher Eiferer zu protestieren, die dafür werben, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, dann würden wir herzlich applaudieren. Denn das wäre in der Tat die schiere Unvernunft, und der Staatschef Putin hätte Anlass, sich einer Einkreisung seines Imperiums entgegenzustemmen. Aber keine Regierung des Westens erzog im Ernst, die ohnedies überfüllte (und darum geschwächte) Atlantische Allianz um eine unkontrollierbare Krisenregion zu erweitern. Wladimir Putin weiß das wohl, und Frau Wagenknecht könnte es wissen, wenn sie es denn wissen wollte. Die Brüsseler Diplomaten hätten freilich gut daran getan, Moskau früh genug über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ins Bild zu setzen. Dies zu versäumen war unbedacht und womöglich ein wenig arrogant.

Indes, manche unter den Linken verdächtigen die Europäische Union ohnehin, sie sei in Wahrheit nichts anderes als eine Tarnorganisation der NATO und damit ein Instrument des amerikanischen Imperialismus. Damit wird bestätigt, dass sich ein Grundvorbehalt der SPD gegen ein Bündnis mit der »Linken« keineswegs erledigt hat: die Revision ihrer Feindseligkeit gegen Europa und die atlantische Gemeinschaft. Die NATO, meint Sahra Wagenknecht etwas nassforsch, hätte sich auflösen müssen, als der Warschauer Pakt von der Bühne verschwand. Den kleinen Unterschied, der die Wirklichkeit prägte, kennt sie nicht, oder sie will ihn nicht zur Kenntnis nehmen: dass der Warschauer Pakt das Hauptelement der sowjetischen Kontrolle Osteuropas war, während die Atlantische Allianz ein freiwilliger Zusammenschluss von freien Staaten war – aus dem man sich auch zurückziehen konnte (siehe de Gaulles brüskten Abschied von der militärischen Bindung, mit dem er die Vereinigten Staaten

zur Räumung sämtlicher Stützpunkte auf französischem Territorium zwang). Nach der Implosion des sowjetischen Imperiums drängten die osteuropäischen Völker in die NATO, von der sie sich den Schutz ihrer Freiheit und Unabhängigkeit erhoffen, zumal Polen und die wieder erstandenen baltischen Staaten. Es war die moralische Pflicht der Vereinigten Staaten und der Westeuropäer, sich diesem Wunsch zu öffnen.

Nein, nichts deutet auf eine Korrektur der »linken« Haltung gegenüber Europa und dem Atlantischen Bündnis hin. Gregor Gysi drängt, wenn wir es recht wissen, auf keine Debatte, die er – dank seiner Autorität als offizieller oder realer Parteichef seit einem Vierteljahrhundert – jederzeit auf die Tagesordnung setzen könnte. Aber auch die Sozialdemokraten zeigen, was dies angeht, keine Eile. Für die Koalitionen in den Ländern mögen die außen- und europapolitischen Einsichten nicht weiter von Belang sein (obschon sie eines Tages unversehens auch die Interessen des Bundesrates berühren könnten). Zumindest sollte jenen Sozialdemokraten, die (offen oder verschämt) auf »Links-Links« setzen, an einer Klärung dieser Grundfragen gelegen sein. Zumal mehr auf dem Spiel steht als die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zu den beiden Grundformationen der westlichen Staaten: nämlich die dauerhafte Verwurzelung Deutschlands in der Welt des Westens, die politische und die geistige, die Konrad Adenauer und Willy Brandt mit der Grundbindung an ein vereintes Europa und an die Vereinigten Staaten ein für allemal entschieden zu haben schienen. Zweifel an der deutschen Verlässlichkeit schürt nicht nur die »Linke«, sondern auch die konservativ-nationalistische AfD, die eines Tages für das Verhältnis zu Russland eine Rückkehr zu Bismarcks getarn-

ter Achsen-Strategie empfehlen mag, auch darin die Erbin der schwarz-weiß-roten deutsch-nationalen Gesinnung, ob nun die Russland-Romantiker mit ihrer Sehnsucht nach der »großen russischen Seele«, die zu einer paradoxen Koexistenz mit den rassistischen Propagandisten der Vernichtungsideologie vom »russischen Untermenschen« gezwungen waren.

Das einigende Element der linken und rechten Putin-Versteher und Russland-Apologeten ist ohne Zweifel die Europa- und Westfeindlichkeit. So erklärt sich auch die merkwürdige Verbindung zwischen Putin und Marine Le Pen, der geradezu charismatisch erfolgreichen ChefIn des rechtsextremen Front National, die von einer kremlnahen Bank finanziert wird. Nehmen Gysi und die Genossin Sahra daran keinen Anstoß? Ersäufen sie ihre Bedenken im Sumpf der Westfeindlichkeit? Der Wille zu einer Reform lässt sich nicht erkennen. Das aber sollte die Links-Links-Trommler in der SPD verstören.

Ohnehin sollten sie sich nicht länger der Illusion hingeben, es könne eine linke Mehrheit in Deutschland gedeihen, die eine seriöse Chance hätte, die Macht zu erobern. Die gibt es nicht (und es gab sie womöglich nie). Die Realität spricht für Gabriels und Steinmeiers tapferen Versuch, die Mitte zurückzugewinnen, bei der Willy Brandt einst seine grandiosen Wahlsiege errang. Sie wurde nach seinem Abschied von den Nachfolgern gedankenlos preisgegeben – Gerhard Schröder die große Ausnahme. Der hatte verstanden, dass nur die Mitte eine Majorität verspricht – und manchmal gewährt. Sie von neuem zu erobern verlangt weiß Gott eine zähe Geduld. Es müssen viele Mauern mürbe geklopft werden, um den Turm der 25 % zu sprengen. Courage!



### Klaus Harpprecht

ist Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien im November 2014: *Schräges Licht. Erinnerungen ans Überleben und Leben*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, dieses Mal für sein Lebenswerk.